



HESSISCHER LANDTAG

07. 02. 2019

Plenum

Dringlicher Entschließungsantrag

Fraktion der CDU,**Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN****Klares Bekenntnis zum Kampf gegen Extremismus in Staat und Gesellschaft**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag verurteilt die schändlichen Drohbriefe gegen eine Frankfurter Rechtsanwältin und ihre Familie auf das Schärfste und drückt der Rechtsanwältin sein Mitgefühl aus. Der Landtag erwartet und geht davon aus, dass die Polizei der Rechtsanwältin und ihrer Familie den bestmöglichen Schutz gewährleistet und sorgfältig und umfassend ermittelt, um den oder die Täter zu überführen.
2. a) Der Landtag ist besorgt über die Verdachtsfälle gegen hessische Polizistinnen und Polizisten und verurteilt jede Form rechtsextremistischer Bestrebungen innerhalb der hessischen Polizei. Wer extremistische Bestrebungen unterstützt und entsprechende Texte, Bilder oder Kommentare verbreitet, darf nicht Beamter der hessischen Polizei sein.
2. b) Der Landtag begrüßt, dass für die Verfolgung der unterschiedlichen Verdachtsfälle gegen hessische Polizeibeamtinnen und -beamte eine Besondere Aufbauorganisation im Hessischen Landeskriminalamt eingerichtet wurde. Eine solche zentrale Ermittlungseinheit ist am ehesten in der Lage zu ermitteln, ob die einzelnen Sachverhalte miteinander zusammenhängen. Solange die Ermittlungen noch nicht abgeschlossen sind, können keine seriösen Aussagen darüber getroffen werden, ob die Fälle in einem sachlichen Zusammenhang stehen.
2. c) Der Landtag unterstreicht sein grundsätzliches Vertrauen in die hessischen Sicherheitsbehörden und die laufenden Ermittlungen. Die hessische Polizei steht auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung und verdient das Vertrauen der Bevölkerung. In deren Interesse erwartet der Landtag und geht davon aus, dass die einzelnen Verdachtsfälle durch die zuständigen Behörden mit Nachdruck verfolgt, einzelne Beamte vom Dienst suspendiert und disziplinarische und strafrechtliche Maßnahmen eingeleitet und durchgeführt werden.
3. a) Der Landtag unterstützt die Anstrengungen der Landesregierung, Rechtsextremismus im Schulterschluss aller Demokraten entschlossen zu bekämpfen. Auch und gerade innerhalb der hessischen Polizei wird jedem Verdachtsmoment konsequent nachgegangen. Von der sorgfältigen Auswahl der Beamtinnen und Beamten, über entsprechende Aus- und Fortbildungsmaßnahmen, bis hin zu Ansprechpartnern im Verdachtsfall, unternehmen die hessischen Behörden eine Vielzahl an Anstrengungen, um fremdenfeindliches oder extremistisches Verhalten einzelner Beschäftigter frühzeitig zu erkennen und sodann konsequent zu verfolgen.
3. b) In Hessen wird die zielgerichtete Präventionsarbeit gegen jede Form von Extremismus unter dem Dach des Hessischen Informations- und Kompetenzzentrums gegen Extremismus (HKE) gebündelt und die Landesregierung investiert 2018 und 2019 jeweils 5,7 Mio. € in diesem Sinne. Unlängst wurde ein weiteres Maßnahmenpaket zur Stärkung des demokratischen Verständnisses und der Resilienz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gegen Extremismus auf den Weg gebracht. Zudem existiert mit dem Ansprechpartner der Polizei eine Anlaufstelle für Beamtinnen und Beamte der hessischen Polizei, die sich um Beschwerden und Anliegen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Sicherheitsbehörden kümmert.

4. Der Landtag begrüßt die Pläne der die Hessische Landesregierung tragenden Parteien, eine unabhängige Ombudsstelle für Bürgeranliegen und Beschwerden einzurichten. Diese soll sowohl Anliegen und Beschwerden gegen die Landesverwaltung als auch Anliegen und Beschwerden von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nachgehen. Die Ombudsstelle soll insbesondere auch Anlaufstelle für Probleme zwischen Bürgern und Sicherheitsbehörden sowie auch für Angehörige der Sicherheitsbehörden sein.

Wiesbaden, 7. Februar 2019

Für die Fraktion
der CDU
Der Fraktionsvorsitzende:
Michael Boddenberg

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Der Fraktionsvorsitzende:
Mathias Wagner (Taunus)